

Schweiz

Analyse Die Probleme in der Bundesverwaltung bei Informatikaufträgen sind teilweise hausgemacht. Dagegen hilft nur ein Mentalitätswandel. *Von Christian Brönnimann, Bern*

Der Bund braucht mehr IT-Wissen

Die enthüllten Vorkommnisse im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) rütteln auf. Ein für die Öffentlichkeit so gut dokumentierter Fall mutmasslicher Korruption ist in der jüngeren Geschichte der Bundesverwaltung wohl einzigartig. Noch nie war das Bild so klar, wie sich ein Beamter persönliche Vorteile verschafft und im Gegenzug Steuergelder verschleudert - wie einfach und mit welcher Selbstverständlichkeit er das Vergaberecht umgeht und Vorgesetzte an der Nase herumführt. Dass dies Konsequenzen haben muss, bestreitet niemand.

Die Probleme liegen tief

Es ist ein Leichtes, ein Köpferollen in den oberen Etagen zu fordern. Ob damit der Sache wirklich gedient wäre, ist hingegen fraglich. Die Probleme sind vielschichtig und liegen tiefer. Beim Bund ist mit der grossen Reorganisation des Informatikwesens um die Jahrtausendwende - «Nove-IT» - viel fachliche Kompetenz abgeflossen. Die Reform war zu wenig gut abgestützt in der Belegschaft. Das Fazit eines ehemaligen Mitglieds der parlamentarischen Finanzkommission, welche die Auswirkungen der Reorganisation untersuchte: «Statt sich um die Leute zu kümmern, hat man sie ziehen lassen. Jetzt fehlt dem Bund hoch qualifiziertes Personal.»

Hintergründe zum Korruptionsfall: www.seco.tagesanzeiger.ch

Darunter leidet die Verwaltung noch heute. Sie ist in vielen Bereichen auf externe IT-Firmen angewiesen. Wenn diese zentrale Funktionen übernehmen, entsteht schnell ein Abhängigkeitsverhältnis. Das Herrschaftswissen verschafft den Firmen eine komfortable Ausgangslage in Vertragsverhandlungen. Ohne sie läuft nichts mehr auf den Servern und in den Netzen der Verwaltung.

Ohne Kontakte keine Geschäfte

Der Bund hätte selber auch eine «Firma» für IT-Projekte, das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT). Doch leider hat es nicht den besten Ruf. Viele Amtsstellen sind unzufrieden über die Zusammenarbeit mit dem BIT. Zudem ist die Departmentsautonomie beim Bund eine heilige Kuh.

So entscheiden sich die Verantwortlichen in den Ämtern lieber dafür, IT-Dienstleistungen von privaten Unternehmen zu beziehen. Diese wissen natürlich genau, bei wem sie sich mit Nettigkeiten in die Poleposition für lukrative Aufträge bringen können. Die Projekte sind dabei oftmals so komplex, dass Vorgesetzte und Controller nicht durchblicken, was da genau eingekauft wird. Und zu welchem Preis. Hauptsache, die Computer funktionieren.

Aus diesen Gründen sind Informatikprojekte besonders anfällig für Korruption und Vetternwirtschaft. Glaubt man Insidern, hat ein Unternehmen kaum Chancen, an grosse Bundesaufträge zu kommen, wenn es nicht über die richtigen Kontakte verfügt - oder sich diese mit unlauteren Mitteln verschafft. Dieser Zustand ist unhaltbar.

BIT muss besser werden

Um die Situation nachhaltig zu verbessern, helfen nur zwei Dinge: eine Stärkung der bundeseigenen IT-Kompetenz und bedingungslose Transparenz. Ersteres versucht der Bundesrat mit der Informatikstrategie 2012-2015 und einer engeren Kontrolle von IT-Grossprojekten zu erreichen. Die Stossrichtung: Kompetenzen und Verantwortlichkeiten sollen zentralisiert werden. Das kann helfen, Auswüchse wie im Seco zu verhindern oder zumindest früher zu bemerken. Damit die Strategie aber wirklich aufgeht, muss das Misstrauen zwischen den Ämtern abgebaut und die Leistung des BIT besser werden.

Bei der Transparenz hapert es gewaltig. Zwar stehen nun wieder neue Forderungen im Raum, etwa dass alle



Beim Seco wurden Millionen durch externe IT-Aufträge versenkt: Blick in einen Serverraum. Foto: Granser (Laif)

Vergaben von Bundesstellen über 50 000 Franken öffentlich gemacht werden müssen. Das wäre sicher sinnvoll.

Doch es wäre schon viel geholfen, wenn das bestehende Recht auf Informationen eingehalten würde. Im Nachhinein hat die Begründung des Wirtschaftsdepartements, weshalb es die Namen von Firmen, die mit dem Seco geschäfteten, nicht nenne, eine

zynische Doppeldeutigkeit erhalten. Das Departement schrieb, die Namensnennung könne den Wettbewerb verzerren und «die Existenz der betroffenen Auftragnehmer in Gefahr bringen».

Keine Kompromisse

Mehr Transparenz bringt aber wenig, wenn bestimmte Informationen nur kleinen Gruppen von Politikern zu-

gänglich gemacht werden. Diesen fehlt es oft an der Zeit, am Wissen oder schlicht am Interesse, allen Indizien auf Missstände auf den Grund zu gehen. Nur wenn jeder und jede Zugang zu vollständigen, höchstens in gut begründeten Ausnahmefällen anonymisierten Informationen über Vergaben der öffentlichen Hand erhält, ist die Forderung nach mehr Transparenz erfüllt.

Korruptionsverdacht im Seco

Finanzkontrolle hatte Hinweise - allerdings nur vage

Für die mögliche Bestechung im Seco gab es interne und externe Indizien. Belege zu finden, sei jedoch extrem schwierig, sagen Beteiligte.

Von Ruedi Baumann, René Lenzin, Christian Brönnimann und Fabian Renz Wie konnten Bestechungsvorgänge bei der IT-Beschaffung, wie sie mutmasslich im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) vorgekommen sind, so lange unentdeckt bleiben? Recherchen des TA zeigen, dass es seit einiger Zeit Hinweise auf verdächtige Aktivitäten gegeben hat. Offenbar waren diese aber zu vage, um sofort einzuschreiten. So hatte etwa die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) «im letzten September Kenntnis von einem Hinweis, dass ein Personalwechsel bei einer externen Informatikentwicklungsfirma möglicherweise problematisch ist», sagt EFK-Direktor Michel Huissoud. Der Hinweis sei aber «nicht sehr präzise» gewesen, weshalb die EFK entschieden habe, ihm «erst im Rahmen einer schon vorher geplanten Kontrolle im Seco diesen April nachzugehen».

Ein Seco-interner Mail-Verkehr, der dem TA vorliegt, lässt vermuten, dass andere Mitarbeiter die mutmasslich illegalen Aktivitäten des beschuldigten Ressortleiters A. zumindest erahnt haben. In einem Mail von Dezember 2011 wurde A. auf eine interne Weisung aufmerksam gemacht, die er offenbar nicht eingehalten hatte. Auf Anfrage des TA will sich der Autor des Mails jedoch nicht zur Frage äussern, ob diese Mah-

nung im Zusammenhang mit möglichen Bestechungsvorgängen gestanden habe. Und auf die Nachfrage, ob er A. der Korruption verdächtigt habe, antwortet er nach einigem Zögern, er habe «keine belegbaren Sachverhalte gefunden».

Die Schwierigkeiten, solche Belege zu erbringen, erklärt EFK-Direktor Huissoud: «Bei Informatikprojekten eine detaillierte Preis-Leistungs-Analyse zu machen, ist für die Aufsicht sehr schwierig. Aus den Pflichtenheften der Aufträge ist nicht immer genau ersichtlich, welche Leistungen in welchem Umfang wirklich nötig sind.» Zudem, so Huissoud, sei es «im Nachhinein fast unmöglich, zu prüfen, ob die fakturierten Stunden effektiv erbracht worden sind». Solche Korruptionsvorfälle zu verhindern, sei eine «sehr anspruchsvolle Führungsaufgabe», sagt Bruno Sauter, der Chef des Zürcher Amts für Wirtschaft und Arbeit, denn: «Wenn einer betrügen will, wird er Wege finden zu betrügen.»

Wortkarge Chefs

Sauter ist Mitglied der Aufsichtskommission für den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung (ALV), die auch die Informatikbeschaffung der ALV zu überwachen hat. Man habe sich intensiv mit freihändigen Vergaben von IT-Aufträgen beschäftigt, sagt Sauter. Der mutmassliche Korruptionsfall im Seco sei bisher aber kein Thema gewesen. Die Verwaltung der Arbeitslosenversicherung habe IT-Projekte «stets so vorgestellt, dass man von einer ordentlichen Sache ausging und mit gutem Gewissen zustimmte», sagt ein anderes Kommissionsmitglied. Und: «Hätte es auch nur

den leisesten Verdacht auf ein Korruptionsdelikt gegeben, wären wir natürlich aktiv geworden.»

Präsident der Aufsichtskommission ist Boris Zürcher, Chef der Direktion für Arbeit im Seco. Er wollte sich gestern mit Verweis auf das laufende Verfahren weder zur Rolle der Kommission noch in seiner Funktion als Amtsdirektor zur Korruptionsaffäre äussern. Auch Zürchers Amtsvorgänger, der frühere Gewerkschafter Serge Gaillard, will die Ermittlungen abwarten, bevor er sich allenfalls äussert. Er hat die Direktion für Arbeit von 2007 bis 2012 geleitet.

Graf aktiviert Finanzkontrolle

Aktiv geworden ist die Bundesanwaltschaft. Sie hat gestern eine Strafuntersuchung wegen Korruptionsverdachts eröffnet. Weitere Angaben wollte sie «aus ermittlungstaktischen Gründen» nicht erteilen. Aktiv geworden ist auch der Zürcher Justizdirektor Martin Graf (Grüne). Er lässt die Informatik-Beschaffungen seines Amts durch die Finanzkontrolle untersuchen, weil dieses ebenfalls mit der verdächtigten IT-Firma zusammenarbeitet (TA von gestern). Diese betreibt Grossrechner der Direktion, wofür sie laut Sprecher Benjamin Tommer pro Jahr 500 000 Franken für die Miete und rund 400 000 Franken für die Wartung erhalte. Um Korruption vorzubeugen, gelte das Vieraugenprinzip. Zudem würden Controller bei jeder Rechnung prüfen, ob Preis und Leistung in einem sinnvollen Verhältnis ständen, sagt Tommer. Bei der Anstellung von IT-Mitarbeitenden würden das Betreibungsregister und der Strafregistrauszug geprüft.

Barack Obamas neue Frau in Bern

Suzi LeVine wird neue US-Botschafterin in Bern. Verdient gemacht hat sie sich - wie ihre Vorgänger - vor allem im Wahlkampf des Präsidenten.

Von Raphaela Birrer

Seit Mai letzten Jahres ist die Stelle des US-Botschafters in der Schweiz vakant. Ad interim hat der langjährige Karriere-diplomat Jeffrey R. Cellars den Posten inne. Nun hat US-Präsident Barack Obama die 42-jährige Suzi LeVine mit der Aufgabe betraut - ihre Bestätigung durch den Senat wird im Frühjahr erwartet. Suzi wer? Dass die Frau hierzulande nicht bekannt ist, ist kein Zufall: Die USA besetzen nämlich Botschafterposten in den meisten europäischen Ländern nicht mit Profidiplomaten. Stattdessen kommen Personen zum Zug, die den präsidentialen Wahlkampf finanziell kräftig unterstützt haben.



So war etwa LeVines Vorgänger Donald S. Beyer im Autohandel zu einem grossen Vermögen gekommen. Er hatte für Obamas «Change»-Kampagne 2008 umfangreiche Spenden gesammelt.

Solche dem Präsidenten zugewandten Helfer und Freunde werden mit einem diplomatischen Crash-Kurs auf ihre Aufgabe in Europa vorbereitet. Das dürfte der zweifachen Mutter LeVine indes nicht allzu schwerfallen, ist sie es doch gewohnt, Aufgaben mit grosser Verantwortung zu übernehmen: Bereits im Alter von 24 Jahren reiste LeVine, die Englisch und Maschinenbau studiert hat, als Produktmanagerin durch die USA, um für Microsoft die Computersoftware Windows 95 zu vermarkten. Jeden einzelnen Arbeitstag habe sie sich damals gefühlt, als würde sie «etwas Monumentales» tun, sagt sie rückblickend. «Ich hatte bereits zwei Jahre nach dem College eine enorme Verantwortung - das war grossartig. Ich spürte, dass meine beruflichen Bemühungen die Welt zum Besseren verändern würden.»

1,5 Millionen Dollar für Obama

Seattle, wo LeVine bis heute mit ihrer Familie lebt, galt damals als einer der robustesten Standorte für Technologieunternehmen in den USA. So arbeiteten im Jahr 2001 rund 130 000 Personen in der Region für Firmen dieser Branche - mit bemerkenswerter Entlohnung. Auch LeVines Mann Eric war für Microsoft tätig, als Software-Entwickler. Er verliess das Unternehmen 2005, um sich in der Weinbranche selbstständig zu machen.

LeVine selbst wechselte 1999 zum Reiseportal Expedia. Dort stieg sie zur stellvertretenden Marketingleiterin auf und verantwortete später den Luxusreisebereich. Nach der Geburt ihres zweiten Kindes entschied sie sich jedoch für die Freiwilligenarbeit. Von 2007 bis 2008 weilte sie für Obamas Kampagne und sammelte 1,5 Millionen Dollar für dessen Wahlkampf. Daneben begann auch der jüdische Glaube eine immer grössere Rolle in Suzi LeVines Leben zu spielen: 2006 gründete sie die Kavana-Kooperative - «ein neues Modell für eine jüdische Gemeinschaft», wie sie es nennt. In diesem religiösen Netzwerk werden Bildung, kulturelle Events, soziale Interaktionen und die Glaubenspraxis geboten. LeVine versteht Kavana als pluralistische Alternative zu den traditionellen Synagogen - und als klassisches Start-up, für das sie einen Businessplan schrieb.

Heute ist LeVine als strategische Planerin für die Forschungsinstitution I-Labs der Universität Washington tätig, die sich mit dem Lernverhalten von Kindern befasst. Und jetzt also der Botschafterposten in der Schweiz. Sie habe bei Microsoft gelernt, wie wichtig es sei, «ein Thema oder eine Gelegenheit zu erkennen und sich ihr ohne Umwege anzunehmen». Diese Kompetenz dürfte sie bei ihrer diplomatischen Tätigkeit in Bern von Beginn weg brauchen. Denn als Schweizer Politiker letztes Jahr im Zuge der NSA-Affäre nach dem US-Botschafter riefen, war keiner da. Und auch das Steuerstreitdossier verlangt nach zupackendem Elan. An heissen Eisen mangelt es nicht.